



II-3458 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Wien, am 11. Februar 1982

Zl.: 10.101/11-I/5/82

Schriftliche parlamentarische Anfrage
Nr. 1649/J der Abgeordneten Dr. Leitner,
DDr. König, Dr. Keimel, Pischl, Huber
und Genossen betreffend Überstunden-
leistungen im Bereich der Bundesver-
waltung

1619/AB
1982 -02- 12
zu 1649/J

An den
Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Anton BENYA
P a r l a m e n t

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage
Nr. 1649/J betreffend Überstundenleistungen im Bereich der
Bundesverwaltung, die die Abgeordneten Dr. Leitner, DDr. König,
Dr. Keimel, Pischl, Huber und Genossen am 18. Dezember 1981
an mich richteten, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu Punkt 1 der Anfrage:

Ich sehe die vom Bundesminister für soziale Verwaltung ange-
stellte Überlegung als einen von mehreren Denkanstößen, um
grundsätzliche Lösungsvarianten zur Problematik der Arbeits-
platzsicherung zur Diskussion zu stellen.

Zu Punkt 2 der Anfrage:

In meinem Ressortbereich waren für Überstunden und Mehrdienst-
leistungen in den Jahren 1980 und 1981 jeweils S 12,703.476,--
und S 13,705.138,70 erforderlich.

- 2 -

**DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Zu Punkt 3 der Anfrage:

Aufgrund der zur Verfügung stehenden Unterlagen kann zwar die der Bezahlung für Überstunden zugrunde gelegte Anzahl der Überstunden bekanntgegeben werden, bei den einzelnen Arten von Mehrdienstleistungszulagen ist ein solcher Rückschluß jedoch nicht möglich. Insgesamt wurden in den Jahren 1980 und 1981 jeweils 99.748 und 102.972 Überstunden vergütet.

Zu Punkt 4 der Anfrage:

Diese Überstunden und Mehrdienstleistungen verteilen sich wie folgt:

	Zahl der Überstunden	nötiger Aufwand	diverse Mehr- leistungszulagen
1980 Zentralleitung	58.022	S 7,527.058,--	S 560.996,--
Österr. Patentamt und Bergbehörden	41.726	S 4,435.733,--	S 179.689,--
1981 Zentralleitung	59.160	S 8,172.786,80	S 679.102,60
Österr. Patentamt und Bergbehörden	43.812	S 4,704.627,30	S 148.622,--

Zu Punkt 5 der Anfrage:

Die Beantwortung dieser Frage ist aus den zu Punkt 3 angeführten Gründen nicht möglich.

Zu den Punkten 6 bis 8 der Anfrage:

Bei den gegenständlichen Punkten handelt es sich um eine generelle, nicht nur den Bereich des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie betreffende Frage, die sehr wesentlich die Interessen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes berührt. Gespräche mit diesen Gewerkschaften über generelle Probleme des öffentlichen Dienstes finden laufend statt. Ich möchte auch unterstreichen, daß

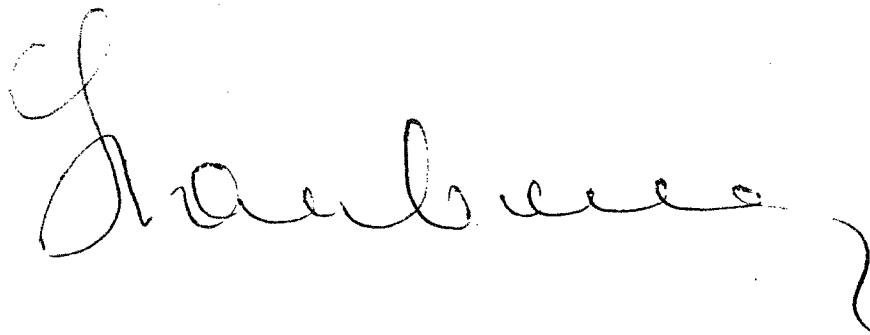
- 3 -

**DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

bei der Erstellung des jeweiligen Stellenplanes für das kommende Jahr nach sparsamsten Gesichtspunkten vorgegangen wird. Die Schaffung von Planstellen anstelle der Leistung von Überstunden müßte zwangsläufig zu einer Erhöhung der Planstellen führen. Damit würde nicht nur das Gegenteil dessen eintreten, was von den Oppositionsparteien dauernd gefordert wird - nämlich die Reduzierung der Planstellen -, es würde auch ein wesentliches Element der Flexibilität der öffentlichen Verwaltung verloren gehen.

Zu Punkt 9 der Anfrage:

Wie ich schon zu Punkt 1 ausgeführt habe, sehe ich die Überlegung von Bundesminister Dallinger als einen Denkanstoß, eine Quantifizierung allfälliger finanzieller Belastungen ist derzeit nicht möglich.

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Hans Eder', with a long horizontal stroke extending to the right.